Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2016-10-25

Dezernat/ Amt: Gesellschaft für
Beteiligungsverwaltung
Bearbeiter/in: Herr Kutzner
Telefon: (03 85) 5 45 11 64

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

00864/2016

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Ausschuss für Finanzen
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Liegenschaften
Hauptausschuss
Stadtvertretung

Betreff

Nachtragswirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebs zentrales Gebäudemanagement Schwerin

Beschlussvorschlag

Dem Nachtragswirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebs Zentrales Gebäudemanagement Schwerin wird zugestimmt.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Ein Nachtragswirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebs Zentrales Gebäudemanagement Schwerin ist erforderlich, da im Teilbetrieb KiGeb des Eigenbetriebes mit einer zusätzlichen Investitionsmaßnahme bereits im Jahr 2016 begonnen werden soll. Diese ist bisher nicht veranschlagt und die Umsetzung erfordert einen höheren Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die im Rahmen der vorliegenden Genehmigung des Ministeriums für Inneres und Sport nicht abgedeckt sind.

Konkret betrifft dies die Umsetzung des Neubaus einer Kindertageseinrichtung auf dem bereits im Vermögen des Eigenbetriebs befindlichen Grundstück Gagarinstraße mit einem Investitionsvolumen von 2.224 TEUR. Das Bauwerk soll in modularer Bauweise errichtet werden und Mitte des Jahres 2017 fertiggestellt sein.

Dazu sollen bereits im Jahr 2016 Ausschreibungen vorgenommen werden, um die Module zeitnah beschaffen zu können. Dazu sind zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von Betrag 1.854 TEUR erforderlich.

2. Notwendigkeit

Über den Nachtragswirtschaftsplan eines Eigenbetriebes entscheidet die Stadtvertretung nach § 5 Abs. 1 Nr. 2 EigVO M-V.

3. Alternativen

- Einordnung in den Wirtschaftsplan 2017

Mit einer Einordnung der Investitionsmaßnahme in die Planung 2017 ist der avisierte Zeitplan (Fertigstellung der Einrichtung Mitte des Jahres 2017) nicht zu realisieren.

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

Die vorgesehene Baumaßnahme verbessert die Betreuungssituation in der Planungsregion Ost und ist in der Kita-Bedarfsplanung berücksichtigt.

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe: ja/~~nein~~

Für den Bau der Kita in der Gagarin-Straße stehen in der Investitionsmaßnahme „Kिताusbau“ 370.000 Euro zur Förderung zur Verfügung.

b) Ist der Beschlussgegenstand aus anderen Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse und rechtfertigt zusätzliche Ausgaben:

c) Welche Deckung durch Einsparung in anderen Haushaltsbereichen / Produkten wird angeboten:

d) Bei investiven Maßnahmen bzw. Vergabe von Leistungen (z. B. Mieten):

Nachweis der Unabweisbarkeit – zum Beispiel technische Gutachten mit baulichen Alternativmaßnahmen sowie Vorlage von Kaufangeboten bei geplanter Aufgabe von als Aktiva geführten Gebäuden und Anlagen:

Betrachtung auch künftiger Nutzungen bei veränderten Bedarfssituationen (Schulneubauten) sowie Vorlage der Bedarfsberechnungen:

Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für das Vermögen der Stadt (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Sinne des § 9 GemHVO-Doppik):

Grundsätzliche Darstellung von alternativen Angeboten und Ausschreibungsergebnissen:

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung des aktuellen Haushaltes (inklusive konkreter Nachweis ergebnis- oder liquiditätsverbessernder Maßnahmen und Beiträge für Senkung von Kosten, z. B. Betriebskosten mit Berechnungen sowie entsprechende Alternativbetrachtungen):

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung künftiger Haushalte (siehe Klammerbezug Punkt e):

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

Die Maßnahme 04-1 Kindertagesstätten ist berührt. Hier lag die Zielstellung in der Reduzierung der Entgelte. Aufgrund der veränderten Bevölkerungsentwicklung und dem erfreulichen Anstieg der Geburten, muss in der 6. Fortschreibung des HSK auf die Fortführung der Maßnahme verzichtet werden.

nein

Anlagen:

Nachtragswirtschaftsplan 2016

gez. i.V. Bernd Nottebaum
1. Stellvertreter der Oberbürgermeisterin